

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mtl.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 280.

Donnerstag, den 29. November 1917.

24. Jahrg.

Die enthüllten Geheimverträge.

An der Schwelle der russischen Revolution stand schon unmittelbar nach ihrem Sieg die Forderung auf Veröffentlichung der Geheimverträge. Die russischen Proletarier wollten wissen, für welche Zwecke sie den Krieg fortsetzten; sie wollten sich Sicherheit darüber schaffen, daß sie nicht etwa für geheimgehaltene imperialistische Hinterabsichten weiter Ströme ihres Blutes vergießen müßten.

Aber so lange die provisorische Regierung Rußlands in engem Bündnisse mit der Entente zusammenwirkte, blieb diese Forderung unerfüllt. In offiziöse französisch-englische Mitteilungen betonten noch in den letzten Tagen, daß die westlichen Alliierten die Preisgabe der geheimen Bündnisverträge ohne weiteres als ihren Bruch ansehen müßten. Diese jüngste Drohung muß man in Verbindung stellen zu der Erklärung, die vor einigen Wochen der französische Ministerpräsident Ribot auf eine sozialistische Anfrage in der Kammer abgab: Die französische Regierung habe nicht das mindeste gegen eine Veröffentlichung der Geheimverträge einzuwenden, es stehe dafür nur noch die Zustimmung der russischen Regierung aus. Ribot konnte so dreist lügen, denn er wußte natürlich schon damals, daß er kurz darauf nicht mehr Ministerpräsident oder Minister des Außeren sein würde. Jetzt, nach erfolgter Veröffentlichung, redet sich die Entente-Presse darauf hinaus, daß die jetzt bekannt gewordenen Dokumente längst jede politische Bedeutung verloren hätten; sie seien durch die Antwort der Entente an Wilson vom letzten Neujahr überholt und abgeschafft. Auch diese Ausflucht ist auf sehr harmlose Gemüter berechnet: gerade aus den jetzt veröffentlichten Geheimverträgen erhalten wir erst bestätigt, welche brutalen Eroberungsgelüste die Entente hinter den zweideutigen Wendungen ihrer Antwort an Wilson verbarg.

Die Geheimverträge bilden keine Sensation mehr; das Hauptstück daraus ist bereits im Juli d. Js. durch den Reichsfanzler Dr. Michaelis bekannt gegeben worden. Aber die jetzigen dokumentarischen Nachweise geben eine Sicherheit über die Eroberungspläne der Entente, die man in gleich hohem Maße bisher natürlich nicht besaß. Wir erfahren nunmehr mit aller Bestimmtheit, daß Rußland und Frankreich — natürlich mit Einwilligung Englands — einen Vertrag geschlossen hatten, in dem sie sich gegenseitig zur Fortsetzung des Krieges verpflichteten, bis jeder von beiden Staaten im Osten und Westen Deutschlands nehmen konnte, was ihm beliebte. Insbesondere war dabei für Frankreich der Anheimgang Elsaß-Lothringens samt dem Erz- und Kohlengebiet (Saar-Revier) vorgesehen; der Rest des linksrheinischen Preußens sollte einen vom übrigen Deutschland völlig losgerissenen selbständigen Staat bilden. Rußland hätte offenbar im Siegesfalle ganz Polen, Westpreußen und Oberschlesien an sich gerissen. Außerdem wurde Rußland der Besitz Konstantinopels und des europäischen Meerengenraumes zugesichert, während von der asiatischen Türkei der größte Teil an England fallen sollte. Der Charakter des jekinen Krieges steht damit urkundlich fest. Der Suchomlinow-Prozess und die enthüllten Geheimverträge beweisen, daß die deutsche Sozialdemokratie mit ihrem Urteil über die Frage der Kriegsschuld Recht gehabt hat. Was David im Auftrage der deutschen Sozialdemokratie in Stockholm zu dem Thema ausgeführt hat: „Wer ist Schuld am Kriege?“ ist seither Wort für Wort bestätigt worden.

Ein besonders pikantes Kapitel in den Geheimverträgen ist die Verpflichtung Frankreichs, Rußland dazu zu verhelfen, daß ihm die bisher verbotene Besetzung der Ålands-Inseln nach dem Kriege gestattet bleibe. Bekanntlich hat sich die ganze Entente Schweden gegenüber verpflichtet, daß die jetzt errichteten Befestigungen auf den Ålands-Inseln nach dem Kriege geschleift würden. Trotzdem diese Geheimverträge! Das Wort der Entente hat danach keinen Wert mehr und Branting, der die Schweden über die vor ihren Toren lauende Gefahr hinwegzutäuschen suchte, steht als blamierter Europäer da.

Aber mehr als Inhalt und Beweisraft der Geheimverträge interessiert uns heute noch die politische Folge ihrer Veröffentlichung. Sie macht den Bruch zwischen der Entente und der Bolschewiki-Regierung in Rußland unheilbar. Ueber den Kopf der russischen Regierung hinweg wendet sich die Entente mit Funksprüchen an das russische Heer und sucht es gegen die Leiter des Staates aufzuwiegeln. Damit fördert sie wider Willen die Friedensarbeit im Osten in der allerbesten Weise.

Die Bolschewiki-Regierung hat offenbar jetzt festen Fuß gefaßt und beherrscht das russische Land mindestens so gut, wie das irgend eine der früheren Revolutionsregierungen getan hat. Wenn sie daher über Waffenstillstand oder Frieden verhandeln will, so wird zweifellos von deutscher Seite ihr Vertreter nicht abgewiesen werden. Haben doch die Mittelmächte längst erklärt, daß jeder Einmischung in Rußlands innere Verhältnisse zu enthalten und mit jedem legitimeren Vertreter des Landes in Besprechungen eintreten zu wollen. Der neue Oberstkommandierende des russischen Heeres Fährnich Arglentso — Fährnich ist im russischen Heere ein Dienstgrad, wie etwa bei uns Offiziersstellvertreter, also nicht etwa gleichbedeutend mit unserem Fähnrich oder

Fähnrich — ist auf dem Wege zum Hauptquartier und zur Front. Ist es der russischen Bolschewiki-Regierung mit dem Friedenswillen ernst, woran zu zweifeln kein Grund vorliegt, dann können schon in den nächsten Tagen die Verhandlungen über das Aufhören des Nordens an der Ostfront beginnen, und damit wäre der erste realpolitische Schritt zum Abbau des Weltkrieges getan. Nicht aus Angst vor einer Niederlage Deutschlands, die nach Lage der Verhältnisse nicht zu befürchten ist, sondern wegen der tiefen Friedenssehnsucht des deutschen Volkes, die unabhängig vom Bewußtsein seiner Unüberwindlichkeit in der Verteidigung es befeelt, sehen wir diesem Tage mit frohster Erwartung entgegen.

Neue Veröffentlichungen aus den russischen Geheimdokumenten

In der „Pravda“ vom 24. wird die Veröffentlichung der russischen geheimen diplomatischen Dokumente fortgesetzt. Die nunmehr veröffentlichten sind im Verhältnis zu den gestern veröffentlichten von geringem Interesse. Am 5. März 1915 telegraphierte der Außenminister Sazonow dem Botschafter in Paris über Englands Zustimmung zu Rußlands Wünschen betreffend Konstantinopel und sagt am Schluß des Telegramms, was Frankreich angeht: „Für mich persönlich, der ich das größte Vertrauen zu Delcasse hege, sind die Versicherungen, die er abgegeben hat, vollkommen genügend, aber die kaiserliche Regierung muß wünschen, präzisiertere Äußerungen über Frankreichs Zustimmung, daß unseren Wünschen ganz entgegengekommen wird, zu erhalten gleich den Versicherungen, die England abgegeben hat.“

Am 7. März 1915 telegraphiert Sazonow dem Botschafter in London u. a.: „Um den von den Alliierten gewonnenen Durchbruch durch die Dardanellen zu erleichtern, ist die kaiserliche Regierung bereit, dazu mitzuwirken, daß Staaten, deren Mitwirkung Großbritannien und Frankreich nützlich erscheinen kann, auf vernünftiger Basis für diese Aufgabe engagiert werden.“

In einem Zifferntelegramm vom 13. September 1917 an die russischen Botschafter in Paris, London, Tokio, Washington und den Gesandten in Stockholm spricht Terestichenko über die Abwicklung der Kornilow-Affäre. Er konstatiert unter anderem, daß die Kornilow-Affäre wesentlich hervorgerufen worden ist durch gegenseitige Mißverständnisse, veranlaßt durch das Auftreten verschiedener mißlungener und apokrypher Zwischenhändler zwischen dem Hauptquartier und der Regierung. Ueber Kerenskis Ernennung zum höchsten Oberbefehlshaber wird gesagt, daß diese zur Beruhigung der demokratischen Elemente und der Soldaten notwendig war. Der tatsächliche Leiter der Kriegsoperationen werde der zum Stabschef ernannte General Lejew werden.

Ein Telegramm des Außenministers vom 9. Oktober an die gleichen Botschafter berichtet über die Stimmung beim Zustandekommen des Vorparlaments, worin Terestichenko eine wichtige Erregungsfähigkeit fest. Er konstatiert einerseits die große Nachgiebigkeit der gemäßigt sozialistischen Leiter, aber auf der anderen Seite, daß die Extremisten großen Erfolg bei den Massen und den Räten haben, deren Bedeutung jedoch, wie er glaube, stark vermindert werden werde.

In einem Telegramm an die gleichen Botschafter nach Rigas Fall sagt Terestichenko, daß dieser starken Eindruck gemacht und ernüchternd gewirkt hat. Gleichzeitig sagte er, es nicht unausgesprochen lassen zu können, daß die Mitteilungen von den alliierten Reichern nach Petersburg, insbesondere betreffend Äußerungen der Zeitungen über die Ereignisse an der russischen Front in patriotisch gestimmten russischen Kreisen einen peinlichen Eindruck machten. „Während man hier“, sagt er, „alle Anstrengungen macht, die Entschlossenheit zu befestigen, den Krieg um jeden Preis fortzusetzen, und während die Stimmung in der Gesellschaft zugunsten der Bundesgenossen vorhanden ist, scheint die Meinung bei den letzteren gleichsam ihr Vertrauen zu verweigern. Dies erregt hier Verwunderung, weil unsere Julioffensive und die durch sie veranlaßte Gegenoffensive trotz aller Mißgeschick die Deutschen gezwungen hat, an unserer Front größere Streitkräfte zu konzentrieren, als jemals zuvor. Kerenskis Regierung hat dahin gestrebt, den Zustand faktischer Waffenruhe abzubrechen, welcher im Frühjahr dem Feinde ermöglichte, Truppen von unserer Front auf die französische Front zu werfen, und diese Absicht ist voll erreicht worden.“ Terestichenko hofft, daß Maßnahmen ergriffen werden mögen, um auf die allgemeine Meinung unter den Alliierten einzuwirken, wobei hervorgehoben werden müßte, daß kein Schwanken in Rußland hinsichtlich der Richtung der Außenpolitik herrscht, der zufolge der Krieg mit aller Kraft und in vollem Einvernehmen mit der Entente geführt werden müsse.

Am 30. September 1917 telegraphiert Terestichenko an die Vertreter Rußlands in Paris, Rom und London: Aus Unterredungen mit den hiesigen Botschaftern der Al-

liierten, insonderheit mit dem offenerzigsten von ihnen, dem amerikanischen Botschafter ziehe ich den Schluß ab, daß unsere Bundesgenossen auf einer der letzten Konferenzen in Paris oder London ein Übereinkommen getroffen zu haben scheinen, betreffend eine Verteilung derjenige Gebiete unter sich, die uns künftig materielle Unterstützung zur Fortsetzung des Krieges gewähren müßten. Die Amerikaner scheinen es übernommen zu haben, unsere Eisenbahnverbindungen in Ordnung zu bringen. Diese Frage ist für uns von außerordentlichem Interesse, weil nämlich die technischen und materiellen Fragen bei uns im Begriff sind, einen hinsichtlich der Möglichkeit, den Krieg tatsächlich zu führen, schließlich drohenden Charakter anzunehmen. Auf Grund hiervon wäre ich geneigt, den Alliierten entgegenzukommen und die Initiative zu dem Vorschlag zu ergreifen, daß sie aktiver als bisher an der Organisation unserer Industrie und unserer Kommunikation teilnehmen möchten, wenn Bereitswilligkeit ihrerseits wirklich vorliegt. Ich bitte Sie, deshalb vorsichtig in dieser Richtung das Terrain zu sondieren und mir Ihre Eindrücke mitzuteilen.

Die Mittelmächte und Rußland.

Die „Königliche Zeitung“ meldet offiziös aus Berlin: Die Bolschewiki-Regierung scheint sich langsam zu festigen. Die Veröffentlichung der Geheimverträge trotz der Drohung aus Paris und London spricht für die Tatkraft ihrer Führer, die damit den entscheidenden Schritt getan haben. Er bedeutet die Loslösung von der Raubgemeinschaft, die die zaristische Regierung mit der französischen und englischen eingegangen war. Aus einer Reutermeldung vom Sonnabend ist zu entnehmen, der Verband werde seine Vertreter in Petersburg belassen, was dafür spricht, daß der Verband eine weitere Festigung der Stellung der Bolschewiki für möglich hält. Gleichzeitig behält der Verband dadurch die Möglichkeit, weiter auf die inneren Verhältnisse Rußlands einzuwirken. Die Gefahr, die hierin für die Regierung der Bolschewiki liegt, wird wohl von diesen nicht verkannt. Deutscherseits wurde mehrfach ausgesprochen, daß eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands nicht beabsichtigt ist. Stellt sich heraus, daß die Petersburger Regierung die nötigen Machtmittel besitzt, ihren Willen zur Geltung zu bringen, so würde sich die wichtige Frage ihrer Verhandlungsfähigkeit von selbst klären. Gegenüber der Erklärung Lord Cecilis, eine solche Regierung nicht anzuerkennen, stellt sich für uns die Frage einfach dahin: Wer hat die Macht? Verbindet sich mit der Macht der Wille zum Frieden, so sehen wir nicht ein, warum wir die Regierung der Bolschewiki nicht ebenso für verhandlungsfähig ansehen sollten wie jede andere.

Auch der „Berl. Lokal-Anz.“ läßt sich über die bolschewistische Regierung und ihre Verhandlungsfähigkeit in günstigen Sinne aus und sagt, nachdem er die Stärke der Bolschewiki hauptsächlich auf die starke Parole des sofortigen Friedensschlusses zurückgeführt hat: Angesichts einer solchen Sachlage wäre für die Mittelmächte der Zeitpunkt vielleicht gekommen, in eine nähere Prüfung darüber einzutreten, ob die gegenwärtigen Machthaber nicht als eine Regierungsgewalt anzusehen sind, die befugt ist, im Namen des russischen Volkes über Friedensfragen zu verhandeln. Erst wenn diese Frage in bejahendem Sinne gelöst ist, werden sich vielleicht Möglichkeiten finden lassen, zu ergründen, welche Vorschläge man in Petersburg zu machen in der Lage ist. Ergibt sich für die Mittelmächte, daß die bolschewistische Regierung verhandlungsfähig ist — was nach allem, was wir hören, zutrifft, — so liegt wohl kein Grund vor, durch weitere Zurückhaltung die Lage in Petersburg noch mehr zu erschweren.

Die slawische Korrespondenz meldet: In einer Besprechung mit einem Abgeordneten des Herrenhauses äußerte sich Graf Czernin über die durch die Friedensbestrebungen der gegenwärtigen russischen Regierung geschaffene Lage und betonte die Bereitswilligkeit und die Bereitschaft der Monarchie, in Verhandlungen über einen ehrlichen, annehmbaren Frieden einzutreten.

Drahtloser Verkehr Berlin—Petersburg?

London, 27. November. (Reuter-Meldung.) Ein Telegramm aus Washington besagt: Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Petersburg berichtet, daß Petersburg und Berlin in drahtloser Verbindung stehen.

Die Kriegslage.

In Flandern setzte am 27. November gegen vier Uhr morgens starke feindliche Artillerietätigkeit gegen unsere Stellungen ein, die bis acht Uhr vormittags andauerte. Sie erreichte 6,30 Uhr vormittags ihre größte Stärke, ohne daß Angriffe erfolgten. Nachmittags steigerte sich das feindliche Feuer vom

Hauptkämpfe bis zum Vorabend und schloß besonders auf unsern Stellungsbogen an. Um 3 Uhr legte auf die Stellungen von Vasselonne ein halbstündiges hartes Feuer ein. Zu gleicher Zeit erhielt auch die Gegend von Baccara bis Gellewilt stärksten Beschuss. In der Nacht lagen unsere Stellungen in der Gegend von Dinanden bis zum Houthouster-Walde unter starkem Störungsfeuer. Auch nach Süden bis Jandoorbe mährte die gesteigerte Artillerietätigkeit bis in die Dunkelheit und schloß mehrfach zum Trümmelfeuer an. Feindliche starke Patrouillen südlich der Bahn Weinghe-Staden und nordwestlich Vasselonne wurden rastlos abgemessen.

Bei erhöhter Feuerleistung im Artois wurden starke feindliche Patrouillen an der Höhe Vras-Douai zurückgeschlagen, während eigene Störtrupps wüthlich Deulemont Gefangene einbrachten. Auf der Kampffront südwestlich Cambrai lag in den frühen Morgenstunden des 27. November starkes Feuer, das sich von 7 Uhr ab bis mittags von Bulsecourt bis Fontaine zu starker Heftigkeit erhob. Kurz darauf entbrannten auf der Front von Bourlon bis Fontaine außerordentlich erbitterte Kämpfe. Der Gegner führte starke, tiefgegliederte Infanteriemassen mit zahlreichen Panzerkraftwagen in den Kampf. In immer wiederholter Angriffen übernahm er jede Rücksicht auf Verluste gegen unsere Stellungen an. Es gelang ihm schließlich, sich in den Besitz von Bourlon, Wald und Dorf, zu setzen und auch in Fontaine einzudringen. Unsere rechtzeitig angelegten und kraftvoll durchgeführten Gegenangriffe warfen ihn im heißen Kampfe aus dem Dorf Bourlon in den Wald zurück. Zahlreiche zerstörte Panzerkraftwagen liegen hier in und vor unserer Stellung. Auch aus Fontaine wurde der Feind in erbittertem Ringen wieder hinausgeworfen. Hier brach erneut eine Anzahl feindlicher Tants von unseren Gräben zusammen; andere wurde zur schleunigen Rückkehr gezwungen. Ueber 200 Gefangene, von denen ein Teil der englischen Garde angehört, sowie zahlreiche Maschinengewehre blieben in unserer Hand. Die erbitterten Kämpfe, zu denen immer wieder frische englische Reservisten eingesetzt wurden, dauerten bis zum Einbruch der Dunkelheit. Bis auf den Südtel des Bourlon-Waldes wurden sämtliche Stellungen den Engländern wieder entzogen, die bei ihrem Angriff und unserem Gegenstoß außerordentlich hohe blutige Verluste erlitten.

Auch auf dem Abschnitt von Moerens bis Bulsecourt und im Süden von Rumi in über Trecoeur bis Barzen lag starkes feindliches Feuer, das erst am Spätnachmittag nachließ. Ein zwischen Moerens und Bourlon unternommener schwächerer feindlicher Angriff brach in unserem Abwehrfeuer völlig zusammen. Die Stadt Cambrai wurde vom Gegner beschossen und mit Bomben belegt. Drei französische Einwohner sind hierbei getötet worden.

Auf der übrigen Westfront an vielen Stellen lebhaftere Feuerleistung.

In der Champagne erfolgten am Morgen des 27. November nach kurzer, heftiger Feuerbereitung Vorstöße zweier starker französischer Erkundungsabteilungen gegen unsere Stellungen nordwestlich von Tahure. Unser Gegenstoß warf den eingedrungenen Feind unter Zurückbehaltung von Gefangenen sofort wieder hinaus.

In mehreren anderen Stellen der Westfront wurden gleichfalls französische Patrouillen vorstöße blutig abgewiesen.

Die Heeresberichte.

Berlin, 28. November, abends. (Amtlich.)

Von keiner Front sind bisher besondere Ereignisse gemeldet worden.

Wien, 28. November. (Amtlich.)

Nirgends besondere Ereignisse.

Rußland.

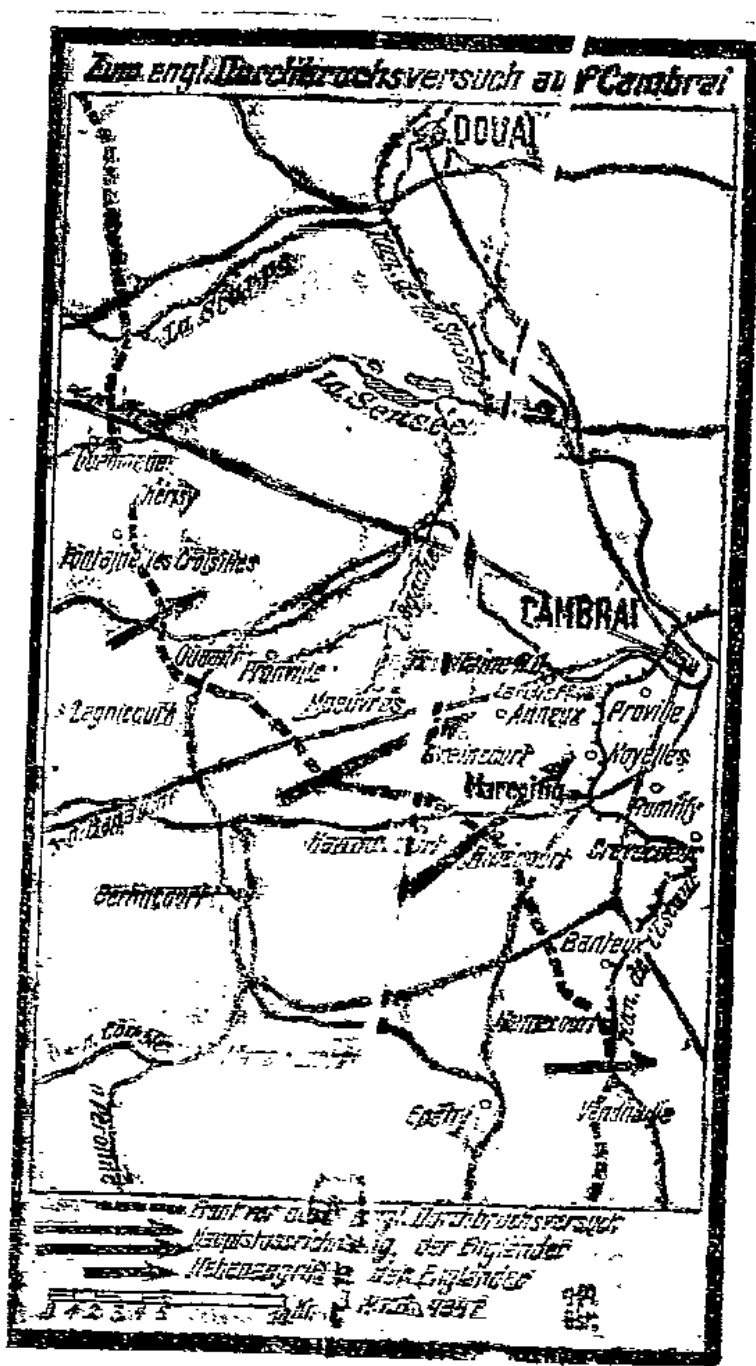
Die inneren Konflikte Rußlands.

Stockholm, 28. November. (Eig. Drahtbericht.)

Die russische Lebensmittelfrage erschwert besonders den inneren Konflikt und die Fortführung des revolutionären Werkes. Der Konflikt spielt sich nicht nur zwischen den sozialistischen Richtungen, sondern auch innerhalb der Bolschewikis selbst ab, von denen viele die getroffenen Preisermäßigungen protestieren. Am 17. November wurde diese Frage auch im Zentralkomitee diskutiert. Die Versammlung beschloß die Verstaatlichung der Druckereien und der Papiervorräte, welche allen bürgerlichen Gruppen proportionell ihrer Mitgliederzahl verfügbar gemacht werden sollen. Trotzky verteidigte die Einstellung der Zeitungen während des Bürgerkrieges. „Nowaja Wremja“, die bei den Wahlen keinen Anhang habe, habe unberechtigt so viel Lettern und Papier beansprucht. „Nuznaja Wolja“ habe überhaupt kein Existenzrecht, solange diese Zeitung nur das Organ der Großbanken sei. Daß die „Pravda“ ehemals die Pressefreiheit für sich forderte, sei kein Widerspruch. Damals konnte man nur juristische Freiheit fordern, jetzt gelte es durch Entthronung der Bourgeoisie die Bedingungen für die wirkliche Pressefreiheit zu schaffen. „Soldatskaja Prawda“ führt denselben Gedanken aus: Solange die Reaktion die Kritik der Massen über, könne ihr die Waffe der Kritik nicht überlassen werden. Eine freie öffentliche Meinung könne nicht, solange das Kapital alles, einschließlich Talente, kasse.

„Nowaja Sibir“ meldet, daß die Regierung auch das Annoncenwesen verstaatlichen wird. — Die bei der Preisfrage hervorgekehrten Gegensätze nahmen bei der Koalitionsfrage einen Krisencharakter an. „Soldatskaja Prawda“ berichtet hierüber: Am 17. November überreichte die Regierung dem Zentralkomitee, in der gesagt wird, daß eine rein bolschewistische Regierung nur durch den Terror aufrechterhalten werden könne. Die Unterzeichner lehnen aber die Verantwortung für eine solche Politik ab und legen ihre Reserven nieder. Eine Erklärung gleicher Tendenz, welche dem bolschewistischen Zentralkomitee zugeht, ist auch von den führenden Bolschewikis Kamenev und Sinowjew unterzeichnet. Diese erklären, daß eine sozialistische Sammelregierung notwendig sei zur Bekämpfung weiterer Hungergefahren, zur Bekämpfung des päpstlichen Zusammentritts der Konstitution und zur Verwirklichung des Friedensprogramms. Die Unterzeichner werfen der leitenden Gruppe des Parteimittes vor, die mühsam geschaffene Grundlage der Sammelregierung untergraben zu haben, sie erklären daher auch ihren Austritt aus dem Parteimitte.

„Pravda“ berichtete über die Verhandlungen des Zentralkomitees vom 17. November. Rogin verlas die Erklärung der demponierenden Mitglieder. Weitere Unterzeichner der



Erklärung sind: Kaban, Milutin, Schljapnikow, Teodorowitsch, Kujasnow, Derjabin, Jurenin, Fodorow, Larin, Arbusow. Der heftig angegriffene Lenin antwortete, daß die Massen des Volkes auf seiner Seite seien. Ähnlich sprach Trotzky. Die Regierung werde zwar numerisch geschwächt, aber qualitativ gestärkt weiterstreiten. Jene, die den Ausgleich schaffen sollen, seien nur der Schatten der Bourgeoisie, und ihr Schatten dieser Schatten. Ein von den Linkssozialrevolutionären eingebrachtes Mißtrauensvotum wurde mit 25 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Trotsky über die Mittleren.

Der Berliner „Gefühlzeitung“ meldet aus Stockholm: Im Zentralauschuß des Arbeiterrates hielt Trotzky eine Programmrede, in der er sagte: Die arbeitenden Klassen Europas betrachten anfangs das bolschewistische Friedensmanifest als eine reine Parteifache. Rußlands Mittlere stellten sich äußerst feindlich. Die in Petersburg beglaubigten Diplomaten traten in den praktischen Fragen bereits mit der Bolschewik in Verbindung. Am feindlichsten stellt sich England, das bei der Fortführung des Krieges am wenigsten riskiert. Frankreich befindet sich mit dem Ministerium Clemenceau in der letzten imperialistischen Kampfsituation. Italien begrüßt die Revolution mit Begeisterung. Amerika ging in den Krieg nur aus Börsen-Interessen. Welt Europa bereits ausreißend ermatet ist, wird es der russischen Sowjet-Regierung Toleranz zeigen. Ich werde durch meine Politik den Druck auf Westeuropa vermehren.

Der russische Oberbefehl.

Der abgesetzte Oberbefehlshaber Duhonin ist nach nicht gelang. Er wird weiter und erlöst Anträge zur Einigung und Wiederherstellung ohne Gewalt, ohne Blut und Bajonette. Er erklärt ferner, daß er jeden verhaften lassen würde, der seinen Platz einnehmen wolle. Der neue Oberbefehlshaber Kryslenko hat sich demnach nicht einschüchtern lassen, sondern ist, wie bereits gemeldet, an die Front abgegangen, nachdem er an Armeekorps ein Friedensmanifest erlassen hat.

Die Wahlen zur Nationalversammlung

sind gestern in Petersburg abgeschlossen; etwa die Hälfte der Wähler gab ihre Stimme ab.

Die Hauptstadt

ist vor der Hungersnot, die angeblich drohte, bewahrt geblieben. Wie der „Times“ aus Petersburg gemeldet wird, teilt das Regierungsorgan „Pravda“ mit, daß Petersburg auf lange Zeit hinaus vor Hungersnot geschützt ist, da eine Anzahl Säcke mit Getreide sich bereits auf der Kewo befinden.

Ein vernünftiger Schritt.

Das „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: Ein Befehl der Regierung ist an die Armeekommandanten der Südwestfront ergangen, die Heranzug der russischen Formationen aus der unmittelbaren Krone vorzunehmen. Die „Daily Mail“ berichtet aus Petersburg: Der Demobilisierungsbefehl der maximalistischen Regierung für die 40- bis 45jährigen Mannschaften enthebt über 600.000 Mann des Heeres der Dienstpflicht. Die Maximalisten sind erschrocken, weitere Jahrgänge zu demobilisieren und hierdurch die Frage der Auseinandersetzung mit den Mittlern auf die einseitige Weise zu lösen.

Die Ukraine für den Frieden.

Das „New York Journal“ meldet aus Stockholm: Das Moskauer „Sowjet“ führt einen Artikel der „Nowaja Sibir“, in dem gesagt wird: Die Lösung der ukrainischen Soldaten der Heimat beschloß, von der Regierung die sofortige Eröffnung der Friedensverhandlungen und Einstellung der Feindseligkeiten zu verlangen. Ohne sich damit zu begnügen, forderte die Lösung auch den ukrainischen Zentralrat an, die Suche der Beendigung des Krieges in seine Hand zu nehmen. Dieser Beschluß ist nur der Beginn eines Selbstfriedens zwischen der Ukraine und der Mittlern zu bedeuten haben. Die „Nowaja Sibir“ erklärt dem gegenüber, daß der von der ukrainischen Zentralregierung angebotene Reg. einen Wegweiser zwischen der Ukraine und Rußland schaffen werde. Ein solcher Schritt würde die Frage der Ukraine in Frage stellen.

Kaufleute selbständig.

Aus Japandarba wird gemeldet: Kaukasien rief sich schon von Rußland los, gründete eine eigene Regierungsmacht und wählte ein Parlament. Dessen gehören 40 Sozialisten an, darunter nur ein Bolschewik ist. Es ist alles ruhig.

England.

England rüstet weiter.

Der Ergänzungsetat sieht die Einkellung von wiederum 5000 Offizieren und Mannschaften für die Marine vor. Der Hauptetat betrug 400.000 Mann aller Grade.

England und Rußland.

Im Unterhause fragte Richard Cambert erstens, ob die russische Regierung Vertreter zu einem sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten und zur Einleitung von Friedensverhandlungen vorschlägt, und zweitens, wenn dies der Fall sei, welche Antwort hierauf gegeben wäre. Balfour beantwortete die erste Frage bejahend. Hinsichtlich der zweiten Frage wurde von der englischen Regierung keine Antwort und, soweit ihm bekannt wäre, auch nicht von irgend einem Mittlern gegeben.

Der Seekrieg.

Aus einem Geleitzug versenkt.

Aus Bergen wird gemeldet, daß wieder ein Geleitzug von deutschen Tauchbooten angegriffen wurde. Der Geleitzug, heißt es in der Meldung, bestand aus sieben Schiffen, die von zwei englischen Zerstörern und einigen Patrouillenbooten begleitet wurden. Am Dienstag morgen, dem Tage nach der Abreise, bemerkte man, daß zwei große englische Schiffe mit Munition nach Archangelsk und ein neutrales Schiff verschwunden waren. Gegen Mittag bekamen dann die Zerstörer Fühlung mit zwei deutschen Tauchbooten, ohne ihnen jedoch irgendwelchen Schaden zufügen zu können.

Der U-Boot-Krieg.

21 Ueberlebende von dem amerikanischen, 5000 Tonnen großen Dampfer „Actaeon“, der am Sonntag nachmittags versenkt wurde, landeten in einem Hafen der Kanarischen Inseln. Drei Boote mit dem Rest der Mannschaft werden noch vermißt.

Merke! Kriegsnachrichten.

Holland für den Völkerbund.

In der letzten Sitzung der Zweiten Kammer sagte der Ministerpräsident Cort van der Linden: Ueber allem anderen steht das Interesse unseres Landes, das Fortbestehen unseres Vaterlandes und der Welt, nicht in den Krieg gezogen zu werden. In der Handhabung unserer Neutralität in dieser Hinsicht ist die Regierung ganz eines Sinnes. Jeder Zweifel daran ist unberechtigt und außerdem eine Gefahr für unser Land. Was die schwer voraussehende Zukunft betreffe, so könne nur der Völkerbund Aussicht auf internationale Abrüstung gewähren. Der Erfüllung dieses Ideals stünden aber gewaltige Schwierigkeiten im Wege, durch die man sich allerdings nicht abschrecken lassen dürfe; denn der Weg zum Völkerbund sei der einzige Weg zu einem dauernden Frieden und zur Erhaltung der Zivilisation. Für ein kleines Land, wie Holland, sei der Völkerbund das Lebensinteresse. Man dürfe gleichwohl, was die Armee und Flotte betreffe, nicht so handeln, als ob dieses Ideal schon erreicht wäre. Seine Reichmacht habe Holland vor dem Kriege bewahrt. Ueber die Neutralitätspolitik sagte der Minister: Von Anfang des Krieges an habe die Regierung der Wunsch nach Erhaltung der Neutralität im Vordergrund gestanden. Sie lasse sich davon nicht abbringen, wenn die Ergebnisse auch anders seien, als sie erwartete. Holland sei von der Welt abgeschlossen und habe schwere Lasten zu tragen. Trotzdem habe die Regierung stets an dem festgehalten, was sie für ihr Recht gehalten hat und nach links und rechts strenge Unparteilichkeit beobachtet. Die Regierung habe für den Frieden getan, was möglich gewesen sei. Der schwedische Gesandte habe mitgeteilt, daß dem schwedischen Gesandten zufolge die schwedische Regierung beabsichtige, die neutralen Staaten zu einer Konferenz über die wirtschaftlichen Fragen nach dem Kriege einzuberufen. Wenn Holland angegriffen würde, würde es sich, ohne nach den Machtverhältnissen zu fragen, verteidigen; aber abgesehen von der Selbstverteidigung gehe es nicht in den Krieg.

Das wahre Kriegsziel der Mittleren.

Kopenhagener „Sozialdemokraten“ vom 26. November weist in einem Artikel auf die bemerkenswerte Tatsache hin, daß Wilson kürzlich in einer Arbeiterversammlung über die Bagdad-Bahn sprach. Er sehe ein, daß es nicht länger Sinn habe, von einer Demokratisierung Deutschlands als Kriegsziel Amerikas zu sprechen, besonders nicht, nachdem diese Demokratisierung in vollem Gange sei. Aber in den amerikanischen Kreisen Amerikas spielt der Kampf um den chinesischen Markt und um die Ausbeutung Afrikas eine ungeheure Rolle und unzweifelhaft sind weite Kreise der Arbeiter hierdurch beeinflusst. Belgien, Nordfrankreich und Elsas-Lothringen, oder wie diese kleinen Länder heißen, alles dieses kann ja sehr interessant sein, aber sollen wir außer den Japanern, die schon behaupteten, daß sie vor allen anderen Rechte in China besitzen, uns auch der deutschen Eisenbahnanlage aussetzen, die China mit Europa verbindet, oder sollen wir nicht jetzt, da die Gelegenheit da ist, diesen Konkurrenten niederschlagen? Dies war der Stand der Worte Wilsons, als er den amerikanischen Arbeitern erklären wollte, weshalb man Deutschland nicht völlige Kontrolle über Oesterreich-Ungarn und so gut wie eine vollständige Kontrolle über die Balkanländer, die Türkei und Kleinasien, lassen könnte. Endlich ist das Kriegsziel erfüllt, ohne Phrasen von „Befreiung“ oder „Demokratisierung“. Es steht vor der Menschheit: Keine deutsche Eisenbahn durch Asien, damit die freie Ausbeutung Indiens durch England und die freie Ausbeutung Chinas und des übrigen Asiens durch Amerika nicht bedroht werde. Für dieses Ziel verbietet Europa.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Reichskommissariat für Übergangswirtschaft soll demnächst mit dem neugeschaffenen Reichswirtschaftsrat verschmolzen werden. Der Reichskommissar Dr. Sthamer, ein Hamburger Senator, tritt deshalb zurück. In das Reichswirtschaftsrat soll der Zentrumsabgeordnete Giesberts als Ministerialdirektor eintreten.

Der badische Landtag wurde durch den Minister des Innern, Frhr. Bodmann, an Stelle des erkrankten Staatsministers, Frhr. Dusch, namens des Großherzogs eröffnet. Nach Bekanntgabe einiger Gesetzesvorlagen lag die Thronrede: Beim Kriegsausbruch werden wir an der Schwelle einer neuen Zeit stehen. Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung des badischen Staates weisen eine steigende Entwicklung auf im Sinne einer starken Beteiligung aller Volkskreise an der Leitung und Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten. Unter Erhaltung der bewährten Grundlagen unseres Staatswesens werden die Einrichtungen des Staates, der Kreise und Gemeinden im vertrauensvollen Zusammenwirken, von Fürst, Volk und Regierung den Landständen eine Weiterbildung zuzuführen sein, welche dem Geiste der neuen Zeit Rechnung trägt.

Eine lässliche Regierungserklärung gegen das allgemeine Wahlrecht und gegen die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli.

Im Laufe der Sitzungsdebatte der Zweiten Kammer erklärte Staatsminister Graf Bismarck von Göttingen: Vizepräsident Krüger entnahm aus der Thronrede eine Herausforderung der Sozialdemokratie, weil die Thronrede nichts über die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts enthalte. Daß die Regierung die diesbezügliche Vorlage nicht bringen würde, war schon daraus zu entnehmen, daß die Mehrheit des Hauses einem solchen Antrage ablehnend gegenüberstand. Ein Wahlrecht, das ausschließlich den breiten Massen die Entscheidung im Staate überlassen und andere Schichten dieser Massen ausschließen würde, wäre ein unbilliges und ungerechtes Wahlrecht.

Ueber die auswärtige Politik bemerkte der Minister: Ueber die Kriegsziele bildeten sich zwei Meinungen. Die einen verlangen, daß der Friede erkämpft wird, der uns den Ersatz der Opfer bringt; die anderen meinen, daß wir auf einen möglichst baldigen Friedensschluß hinwirken, damit der Opfer nicht mehr müßten. Die Reichstagsentscheidung vom Juli 1917 kann unmöglich die Kriegslage beurteilen, die sich im Oktober und November gestaltete. Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt, daß wir zur Verständigung mit unseren Gegnern bereit sind; aber die Reichstagsbeschlüsse werden uns nicht abhalten, einem Gegner, der die Verständigung ablehnt, die Folgen seines Tuns in seiner ganzen Schwere aufzuerlegen. Wir brauchen nicht zu befürchten, daß wir mit unserem östlichen Nachbarn in absehbarer Zeit nicht zur Verständigung gelangen könnten. Es handelt sich nur darum, daß sich dort eine Regierung bildet, welche die Macht in Händen hat und der deutschen Regierung ein ernstes Friedensangebot macht. Von einem solchen war bisher noch nicht die Rede. Wir haben keinen Grund, die Nerven zu verlieren. Unsere Lage ist auf allen Fronten ausgezeichnet. Wir dürfen der Obersten Heeresleitung das Vertrauen entgegenbringen, daß sie die weitere Entwicklung der militärischen Ereignisse voll ausnutzen wird.

Im Reichstage dürfte dem Herrn Staatsminister schon die richtige Antwort auf seine Ausführungen gegeben werden.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 29. November.

Die Kleidernot.

Der gute Wille, durch unermüßliche Stopfen und Flicken die Lebensdauer der Kleidungs- und Wäscheartikel zu verlängern, scheitert oft an der Unmöglichkeit, das erforderliche Nähgarn oder Seide zu beschaffen. Stopfmasse oder Stopfbaumwolle für die Strümpfe ist kaum noch zu haben und zu bezahlen. Das Nähgarn steht unerhört hoch im Preise und ebenso steht es mit der Nähseide. Für Nähnäh, die früher je 3 Stück 25 Pf. kosteten, muß man jetzt schon je Stück 60-95 Pf. anlegen, was einer Preissteigerung um 720-1140 Prozent gleichkommt. Und dazu muß man froh sein, wenn man überhaupt das Glück hat, Nähmaterial irgendwelcher Art zu erhalten, denn wie bei allen knappen und doch stark begehrten Waren erleben wir es auch hier, daß nur die besonders Begünstigten, d. h. in der Regel diejenigen, die entsprechende Äquivalente besitzen, Garn oder Seide kaufen können. Geld oder gute Worte tun es eben hier auch nicht mehr, sondern nur Geld und gute Ware. Es soll geplant sein, die Nähfäden jeglicher Art öffentlich zu bewirtschaften. Diese Absicht kann von den Verbrauchern nur begrüßt werden, denn es besteht bei der Ausführung dieser an sich guten Absicht immerhin die Möglichkeit, daß sie wenigstens etwas erhalten und nicht auf Gnade oder Ungnade des Kleinhandels angewiesen sind. Eine andere Frage ist, ob den tatsächlichen Verhältnissen der Mehrzahl der Haushaltungen, insbesondere der Wäbereibeherrschten, bei der Verteilung genügend Rechnung getragen wird und sie nicht nur mit dem Rest abgepeist werden, der nach Versorgung der Industrie und des Schneiderhandwerks übrig bleibt. Selbstverständlich sollen diese nicht leer ausgehen, denn auf die Herstellung neuer Kleidungs- und Wäschegegenstände kann nicht verzichtet werden, aber die Erhaltung der vorhandenen Bestände ist fast noch wichtiger und vor allen Dingen nun vermeiden werden, daß die Haushaltungen der nötigen Garne gezwungen werden, auf den Schneider oder die Schneiderin bezug auf die Stapelfabrikation angewiesen werden. Das würde für zahlreiche Haushaltungen nicht nur eine ungerechte Mehrausgabe bedeuten, zu der sie bei den gegenwärtigen Preisverhältnissen einfach nicht imstande sind, sondern es würde auch die Wiederherstellung alter Kleidungsstücke beeinträchtigen, während sie bei der allgemeinen Knappheit an Stoffen doch gerade jede Förderung verdient. Der Kriesschaden für Konsumgüterinteressen erwartet deshalb, daß die Nationalisierung des Nähgarns nicht schematisch erfolgen, sondern daß den Bedürfnissen der minderbemittelten Bevölkerungskreise, die durch Ausbessern und Umarbeiten der Kleidung gerade zur Erhaltung und Streckung der Vorräte beitragen, weitgehend Rechnung getragen wird.

Antrag auf Erhöhung der Kreisfamilienunterstützung und Gewährung eines Zuschusses zur Kinderfamilienunterstützung. Vom Gemeindeführer ist dem Vorsitz der Bürgerchaft folgender Antrag zugegangen: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, baldigst 1. die Unterstützungssätze für die Familien der zum Heeresdienst Eingezogenen zu erhöhen; 2. den Kriegserwitwen und -Waisen aus staatlichen Mitteln während der Dauer des Krieges einen Zuschuß zur Hinterbliebenenrente zu gewähren.

Die Versammlung der Bürgerchaft, welche am Montag, dem 3. Dezember abends 6 Uhr stattfand, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Wahl des Geschäftsvorstandes. II. Ergänzungswahlen für den Bürgerchaftsrat. III. Mitteilungen des Senats. IV. Anträge des Senats: 1. Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises; 2. Erlaß von Nachträgen zum Einkommensteuergesetz vom 1. November 1913 und zum Gewerbesteuerergesetz vom 14. Januar 1911.

Eine seltsame Kampagne. Der allbeachtliche Graf Reventlow tritt in der „Deutschen Tageszeitung“ für den Krieg bis zur Niederbringung aller Feinde Deutschlands ein und bildet so mit den anderen Alldeutschen ein Gegenstück zu dem französischen Herrn Clemenceau, der auch keinen Frieden, sondern nur den Sieg will. Der „Vorwärts“ stellt fest, daß Reventlow nicht an der Front, sondern in Berlin den Kampf führt und nach dem Bezug auf einen Artikel im „Neuen Wiener Journal“, der auf diesen Umstand besonders hinweist. Nunmehr trat Herr Arthur Stadthagen von den Unabhängigen auf den Plan zur Unterbrechung Reventlows und schimpfte auf den „Vorwärts“, weil dessen Redakteur Schramper reaktionär sei. Letzteres ist zwar richtig, aber seine Reklamation ist erst erfolgt, als er längere Zeit an der Front und infolge

Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 29. Novbr. (Amstsch.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Banerische Sturmtrupps holten östlich von Mechelen einen Offizier, 46 Mann und 2 Maschinengewehre aus den belgischen Dünen. Tagsüber lag starkes Feuer auf Poellapelle und zwischen Bevelaere und Chelweil.

Westlich von Arras erhob: Artillerietätigkeit.

Südöstlich von Cambrai rückte gestern der Kampf. Zwischen Moeuvres und Bourlon, bei Fontaine und Crevecoeur war das Feuer zeitweilig gesteigert. Auch Cambrai wurde von den Engländern beschossen. Kleine Vorkampfsgefechte brachten Gefangene und Maschinengewehre ein.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf beiden Maasuferten lebte das Feuer am Nachmittag. Eigene Erkundungen verliefen erfolgreich. Bei Dieppe wurde ein französischer Vorstoß abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz u. Mazedonische Front.

Keine größere Kampfhandlung.

Italienische Front.

Italienische Angriffe gegen unsere Gebirgsstellung auf dem Westufer der Brenta und auf den Monte Tomba scheiterten.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Erkrankung nicht mehr kriegsverwendungsfähig war. Der große Unterschied liegt aber vor allem darin, daß der „Vorwärts“ für einen baldigen Frieden der Verständigung wirkt, während Reventlows Politik den Krieg bis zum Weißbluten bedeutet. Nun kommt das lässliche Amtsblatt und betet die Stadthagenschen Wünsche gegen den „Vorwärts“ nach. Amtsblatt und Stadthagen Arm in Arm ist auch ein schönes Kriegsbild!

Durch eine Nachtragsbekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 20. November 1917 wird angeordnet, daß die in der Bekanntmachung des Reichskommissars vom 17. Juni 1917 betreffend Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts vorgeschriebenen Meldungen in der Zeit vom 1. bis 5. Dezember 1917 abermals neu zu erheben sind. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß zu der Dezembermeldung die alten Meldedaten nicht mehr zu benutzen sind, sondern ausschließlich die Dezembermeldedaten, welche deutlich als solche gekennzeichnet werden. Auf alten Vorbrufen abgegebene Meldungen gelten als nicht erstattet. Die Meldedaten sind bei der zuständigen Ortskohlenstelle, beim Fehlen einer solchen beim zuständigen Landratsamt, Kriegswirtschaftsstelle (für in Hamburg, Altona und Wandsbek ansässige Meldepflichtige bei der Kriegsamtsstelle Altona, Gebietsstr. 1) gegen eine Gebühr von 15 Pf. erhältlich. Falls die Beschaffung der neuen Meldedaten auf Schwierigkeiten stößt, überdenkt die Kriegsamtsstelle Altona dieselben gegen Voreinzahlung der Gebühr von 15 Pf. pro Meldefartenblock und von 3 Pf. pro Einzelkarte für Weiterer. Besonders wird darauf hingewiesen, daß nur solche gewerbliche Verbraucher meldepflichtig sind, die einen monatlichen Verbrauch von 10 Tonnen à 1000 Kg. (1 Waggon) und darüber haben. Anfragen bezüglich der Meldepflicht sind zu richten an die Kriegsamtsstelle Altona.

Bermittlungsforschung. Angehörige, die neue Nachrichten über gefangene und vermiste deutsche Heeresangehörige erhalten, werden dringend ersucht, diese Nachrichten mit der genauen Angabe des Truppenteils oder der letzten Feldadresse an das Zentral-Nachrichtensbüro des Kriegsministeriums Berlin NW. 7, Dorosthienstraße 48, und gegebenenfalls an die Ausschüsse für deutsche Kriegsgefangene vom Roten Kreuz mitzuteilen, bei denen sie Ermittlungen in die Wege geleitet haben. Dies ist im Interesse der Angehörigen und der Behörden von ganz besonderer Wichtigkeit, weil infolge dieser Mitteilungen die Nachforschung entweder in völlig andere Bahnen gelenkt und befristet oder gänzlich eingestellt werden kann. In jedem Falle wird der Schriftverkehr und die Arbeitsleistung eine bedeutende Einschränkung erfahren können. Häufig werden von Angehörigen deutscher Soldaten Anträge auf Einleitung der Vermittlungsforschung beim Zentral-Nachweise-Bureau oder bei den Ausschüssen für deutsche Kriegsgefangene vom Roten Kreuz gestellt, selbst wenn keine Unterlagen dafür vorhanden sind, daß der Betreffende vermist wird, ja selbst dann, wenn bereits die dienstliche Meldung vom Tode in der Verlautbarung oder die kandesamtliche Urkunde über den Tod vorliegt. Wenngleich erklärlich ist, daß jeder Hoffnungsanker brennt, bevor man sich mit dem schweren Gedanken an den Tod absfindet, so sind derartige Anträge doch nutzlos und wirken nur verwirrend. Die Ausschüsse für Kriegsgefangene Deutsche vom Roten Kreuz werden sich daher vor Anstellung von Vermittlungsforschungen von den Antragstellern, die solche einleiten, Unterlagen vorweisen lassen, aus denen hervorgeht, daß der Betreffende auch in der Tat vermist wird. Derartige Unterlagen würden sein: Mitteilung der Truppenteile, Nachricht von den Nachweise-Bureaus der Kriegsm. Minister und unter Umständen glaubwürdige Angaben von Kameraden und dergleichen.

Eine Angefallenen-Versammlung fasste folgende Entschliessung: Die am 27. November 1917 auf Einladung der Interessengemeinschaft der Privatangestellten Lübecks zu einer Kundgebung äußerst zahlreich versammelten Angestellten Lübecks stellen nach einem einleitenden Vortrage des Herrn Heinrich Fischer aus Hamburg fest: 1. Die gegenwärtige Bezahlung der kaufmännischen, technischen und Bureau-Angestellten liegt in keinem erträglichen Verhältnis zu der außerordentlichen Verteuerung der gesamten Lebenshaltung. 2. Infolge der unzureichenden Gehälter leiden viele Angestellte mit ihren Familien bittere Not, die bereits eine starke Verschulden im Gefolge gehabt hat und zu einer Gefährdung der Moral und Gesundheit führen muß, wenn keine Abhilfe erfolgt. 3. Während die Bemerkung der körperlichen Arbeit des Handarbeiters im Laufe des Krieges eine dauernde starke Steigerung erfahren hat, bezogen die geistige Arbeit der kaufmännischen, technischen und Bureau-Angestellten bei vielen Arbeitgebern und Behörden einer kaum erträglichen Geringschätzung und Mißachtung, die die Arbeitsfreudigkeit beeinträchtigt. Die Versammlung beklagt angesichts des äußeren Feindes den unverhältnißmäßigen Willen durchzuführen; sie erwartet aber zur gefahrten Durchführung dieses Willens von den Arbeitgebern in Industrie, Handel und Gewerbe eine allgemeine Gehaltserhöhung und beauftragt die Berufsverbände, diese Forderung mit Nachdruck zu vertreten. Sie fordert auch sämtliche kaufmännische, technische und Bureau-Angestellten auf, die Berufsverbände bei ihrer Arbeit tatkräftig zu unterstützen und erwartet, daß kein handesbewußter Angestellter seine Arbeitskraft zu mangelhaften Gehältern anbietet. Von den Behörden, die Angestellte mit kaufmännischen und technischen Arbeiten beschäftigen, erwartet die Versammlung eine Regelung der Gehälter, die für die Privatbetriebe als vorbildlich anzusehen ist. Der Wiederanstieg der deutschen Volkswirtschaft nach dem Kriege ist Sache der Allgemeinheit. Von ihr erwartet die Versammlung daher, daß sie auf die angemessene Regelung der Gehälter hinwirkt, damit die kaufmännischen, technischen und Bureau-Angestellten an der vollen Entfaltung ihrer Kräfte nicht durch wirtschaftliche Sorgen gehindert werden.

Warme Unterkleidung für die Feldgranen. Eine kleine Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Kell und Stücken, die sich auf die Versorgung der Mannschaften mit warmer Unterkleidung bezieht, ist von dem Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Wallraf, dahin beantwortet worden, daß Mannschaften für selbstbeschaffte warme Unterkleidung, Leibbinden, Koschbücher, Ohrenklappen und Wulswärmer Entschädigungen nach den Satzpreisen und, wo solche nicht bestehen, nach den ortsüblichen Sätzen gewährt werden. Für selbstbeschaffte sonstige Unterkleidung, z. B. leichte Socken, leichte Unterhosen usw. erhalten die Mannschaften keine Entschädigungen.

Verhütung der Schwindsucht der Kinder. In den letzten Jahresjahren hat man sich mit steigendem Eifer bemüht, die Lehren der Hygiene ins Volk zu tragen. Mit Recht erwartete man von der bewußten Anwendung der hygienischen Grundregeln im täglichen Leben eine Eindämmung der Volkskrankheiten, aber man vergaß, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse nur zu oft die Beachtung der Gesundheitsvorschriften hinderten. Durch den Krieg ist die Lebensweise der großen Massen fälschlich nicht hygienischer geworden. Die Sauberhaltung des Körpers und der Wohnung ist durch den Mangel an Reinigungsmitteln ebenso erschwert wie die Beschaffung einer ausreichenden Nahrung infolge des Mangels an Lebensmitteln. Daneben schwächt noch die übermäßig lange und anstrengende Arbeit besonders der Frauen und Jugendlichen die Widerstandsfähigkeit des Organismus, geht seine Reservekräfte auf. Es läßt sich voraussagen, daß unter solchen Umständen die ausstehenden Krankheiten einen günstigen Boden finden und sich schnell ausbreiten müssen. Vor allem erscheinen die kleinen Kinder durch die Tuberkulose gefährdet. Sie besitzen an sich schon eine größere Empfänglichkeit für dieses Leiden und erliegen ihm leichter als der Erwachsene, der oft genug aus dem Kampfe mit der Schwindsucht als Sieger hervorgeht. Im Frieden ist es nicht gelungen, die Schwindsuchterkrankung der kleinen Kinder einzudämmen, im Kriege jedoch dafür erst recht die Voraussetzungen. Nichtsdestoweniger gilt es, der Verhütung jener Krankheiten die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, soll nicht der Tod unter den jungen Lebendbürgern noch grausigere Ernte halten. Der Berliner Kinderarzt Kleinschmidt hat kürzlich in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift auseinandergesetzt, wie der Ansteckung der Kinder vorgebeugt werden könne. Oberan steht natürlich die Gewährung einer zweckmäßigen, bekömmlichen Nahrung. Ist die Kost fest, dann muß mit Lebertran nachgeholfen werden. Die Milch soll man stets abkochen, um die bisweilen in ihr vorhandenen, von einer krankhaften Kuh stammenden Schwindsuchtsbazillen abzutöten. Wichtiger ist natürlich die Fernhaltung der Krankheitskeime des schwindsüchtigen Menschen. Der künftige Tuberkulose darf unter keinen Umständen mit kleinen Kindern zusammen wohnen, darf niemals ihre Pflege und Überwachung übernehmen. Eltern und alleinlebende Mütter, die, was gerade jetzt aus wirtschaftlichen Gründen häufig vorkommt, ihre Kinder fremden Menschen anvertrauen, sollten sich stets vorher davon unterrichten, daß sich in der anderen Familie kein Schwindsüchtiger befindet; auch bei der Verlobung der Stadtkinder müßte mehr als bisher dieser Frage Beachtung geschenkt werden. Ferner bestimmet Kleinschmidt, daß die Militärlieferanten die an Tuberkulose schwer erkrankten Soldaten nicht ohne weiteres zu ihren Angehörigen entlassen, sondern in Anstalten unterbringen. Dadurch könnten manche Kinder von der gefährlichen Ansteckung im Elternhaus verschont bleiben.

Jugender der Weihnachtsbeherung für Verwundete und Kranke der St. Jürgenstraße und des Allgem. Krankenhaus ist am 17. Dezember ds. Js. im Marmoraal des Stadtheaters ein hunder Kunstabend in Vorbereitung. Der zurzeit hier im Lazarett befindliche Schriftsteller und Regisseur Kurt R. Marx aus Wiesbaden hat die künstlerische Leitung und Arrangement übernommen und haben sich außerdem namhafte Kunstkräfte in den Dienst der guten Sache gestellt und ihre künstlerische Mitwirkung zugesagt. Dieser Abend dürfte ein sehr gescheiter werden und machen wir das Lübecker Publikum schon heute darauf aufmerksam im Interesse der guten Sache. Öffentlich wird der Besuch ein recht zahlreicher werden, umsonst ist in den vorhandenen Lazaretten zurzeit ca. 300 Verwundete und Kranke zu befinden, von denen ein sehr großer Teil äußerst schwer verletzt ist. Weiteres durch spätere Nachrichten und Anzeigen.

Geschöffengericht. Die Not der Zeit kam in der heutigen Sitzung in der ersten Verhandlung, in der sich die 72 Jahre alte Cherrau 2. wegen Felddiebstahls zu verantworten hatte, zum Ausdruck. Die alte Frau soll kein Suchen nach Kantinentfutter in der Diebstahlschuld am Steintraderweg von dem Gemüseland des Sammelers Schröder für etwa 1 Mk. Bohnen gestohlen haben. Die Angeklagte wurde zu 30 Mk. Geldstrafe, im Nichtbeitragsfalle zu 6 Tagen Gefängnis verurteilt. — Frau E. hatte sich wegen Uebertretung der Seifenbrennstreife zu verantworten. Sie hatte Kerneisen, deren Preis 8 Mk. pro Kilo beträgt, in Stücken von 200 Gramm für 3,40 Mk. verkauft. Die Angeklagte behauptete, daß es sich um Auslandsseife gehandelt habe, für die sie selbst 5,80 Mk. gezahlt habe. Ingeklagt hat sich die Angeklagte bei dem Kosten von 220 Mk. bereichert. Das Urteil lautete auf 100 Mk. Geldstrafe eventuell 10 Tage Gefängnis. — Der Kaufmann W. wurde wegen eines Interzesses, durch das er Spargelhasen aufkaufen wollte, obgleich dieser beschlagnahmt ist, zu 40 Mk. Geldstrafe wegen Vergehens gegen § 183 des St. G. B. verurteilt. — Frau H. hatte ohne behördliche Erlaubnis ein Schwein geschlachtet. Sie behauptet, das das Tier krank war, habe eine Notschlachtung vorgelegen. Der Staatsanwalt beantragte 3 Tage Gefängnis und 80 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 60 Mk. Geldstrafe.

Die Erhöhung des Butterpreises von 2,55 Mk. auf 3,20 Mk. pro Pfund gibt heute das Polizeiamt bekannt!

Lübecker Schauspielergemeinde. Zur morgigen Vorstellung „Das Nürnberrische Ei“ gelten die roten Karten.

In Stadttheater hielt gestern „Die Czardasfürstin“ erneut ihren Einzug. Ihre Untertanen sind noch immer sehr zahlreich, wie die dicke Belegung des Hauses bewies. Und auch an Beifall und Blumen fehlte es nicht. Die Besetzung der meisten Partien ist die gleich vorzügliche wie im Vorjahre. Neu sind die raffige Solva des Fräulein Fradslin und die drohisch-schmelzliche Komikerin der Fr. Erler, die schon wiederholt ihre Begabung für Soubrettenrollen erwies.

pb. Verhaftung der Pelzträger. Als am Dienstag, dem 20. ds. Mts., eine vor dem Hofkeller wohnhafte Dame um 5 Uhr 21 Min. den bereits schon stark gefüllten Straßenbahnwagen der Linie 9 auf dem Markt bestiegen wollte, vermisste sie plötzlich ihren Opposum-Pelzträger. Angenommen ist, daß ihr derselbe im Gedränge von der Schulter gefallen und von einer unehrlichen Person aufgenommen und beiseite geführt ist, denn derselbe blieb trotz sofortiger Nachfragen verschwinden. Der Pelzträger ist mit brauner Seide gefüllt. Das Futter ist mehrfach geflickt. Eine kleine schwarze Kuffe schlief den inneren Rand des Pelzträgers. Vorne am Kragen befindet sich eine kleine Kette.

pb. Kurze Freiheit. Ermittelt und festgenommen wurden zwei junge Burchen, die vor 14 Tagen aus der Strafanstalt Lauenhof entwichen waren, wo sie beide längere Freiheitsstrafen wegen Diebstahls zu verbüßen hatten. Beide haben nun wieder verhängene Strafen begangen.

pb. Säuerdiebstahl. In der Nacht vom 27. zum 28. ds. Mts. sind aus einem an der Kanalstraße belegenen Stalle sechs reihunfähige Infanterie-Fähner und ein Orpington-Sohn gestohlen worden.

Hamburg. Tödlicher Unfall durch Kohlendunst. Gestern vormittag wurde wahrgenommen, daß sich die Ladung einer bei Entenwärder liegenden Kohlenbatterie entzündet hatte. Durch die Feuerwehr wurde das Feuer blosgelegt und mit Hilfe eines Rohres gelöscht. Als man das Fahrzeug weiter durchsuchte, fand man den Schiffer und seine Frau im Logis tot vor. Der Rohrendunst, der sich durch die Entzündung der Kohlen entzündet hatte, war in den Schlafraum gedrungen und hatte sie getötet.

Kiel. Die gestrigen Stadtverordnetenwahlen gipften das Resultat, daß im 1. und 2. Wahlbezirk die Bürgerlichen, im 3. und 4. Wahlbezirk die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei mit überwältigender Mehrheit gewählt wurden. Die „Unabhängigen“ vereinigten in den beiden uns überlassenen Bezirken 185-196 Stimmen auf sich, während unsere Genossen 1110 bis 1232 Stimmen mußten konstatieren. Die mit großem Tamtam inszenierte Wählbarkeit der „Unabhängigen“ ist also an dem gefundenen Stimm der Kieler Arbeiterschaft gescheitert.

Kiel. Wegen verurteilten Landesverrats war der Schlosser Max Glitz, der Vorsitzende der hiesigen Organisation der Unabhängigen, und wegen Beihilfe zum Vergehen gegen § 1 des Militärstrafgesetzbuches (Aufschiebung zum Ungehorsam) der Schlosser und frühere Vorsitzende derselben Organisation Wilhelm Senz am Dienstag vor dem außerordentlichen Kriegsgericht angeklagt. G. wurde zu fünf Jahren Zuchthaus, S. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. G. wurden zwei Monate der erlittenen Unterwerfungshaft auf seine Strafe angerechnet. Die Verhandlung und auch die Bekanntgabe der Urteilsbegründung fanden wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. G. und S. hatten bei Beginn der Verhandlung gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit Widerspruch erhoben. Das Gericht beschloß jedoch trotzdem, die Öffentlichkeit auszuschließen. Verteidiger waren die Rechtsanwälte Cohn-Berlin und Harries-Kiel.

Ederförde. Wer reizt die Bevölkerung auf? Diese Frage wird nicht schwer zu beantworten sein nach Kenntnisnahme folgender Tatsache: Dieser Tage erhielten rund 170 Einwohner des schleswig-holsteinischen Städtchens Ederförde ein Strafmandat von 30 resp. 50 Mk., und sie sollen dazu noch je 230 Mk. oder 4,60 Mk. Kosten bezahlen. In den Strafmandaten heißt es: „Auf den Antrag der Staatsanwaltschaft Ederförde auf noch nicht gültige Gutscheine ein Brot ermonnen zu haben, Vergehen gegen — folgen eine Anzahl Verordnungen —, wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, am 8. Juni d. J. in eine Geldstrafe von 30 Mk. u. s. w.“ In Wahrheit haben die Frauen das Brot nicht auf Grund noch nicht gültiger Gutscheine, sondern ohne Gutschein gekauft. Und das ging so zu: Vor dem 8. Juni war es in Ederförde mit der Lebensmittelversorgung während einiger Wochen herzlich schlecht bestellt. Es gab keine Mühlenfabrikate, und Kartoffeln nur in sehr kleinen Mengen. Einige Frauen wurden auf dem Rathhause vorzeitig und erluchten um mehr Lebensmittel oder Brot, erhielten aber keine befriedigende Antwort. Ein Bäckermeister gab nun auf Vorstellung mehrerer Frauen Brot ohne Marken ab. Das sprach sich herum und immer mehr Frauen kamen und erhielten Brot ohne Marken. Die Frauen mußten schon deshalb glauben, nichts Strafbares begangen zu haben, als zwei Schutzleute bei dem Andrang Ordnung halten und der eine nach längerem Verkauf zu der Bäckerin fragte, sie solle den weiteren Käufern nicht mehr zwei Brote, sondern nur noch eins geben, damit alle Brot bekämen. Und nun die Strafmandate! Die Kriegsnöte von mehr als drei Jahren scheinen auf manche Behörden noch wenig Eindruck gemacht zu haben.

Flensburg. St. Bureaucratius als Feind des armen Mannes. Tausende armer Leute haben sich, angezogen durch Aufforderungen in der Presse, nach der Ernte die auf den abgeernteten Feldern liegenden gebliebenen Lehren aufgesammelt. Die so mühsam zusammengelahmte Körnerfrucht sollte im Winter einen kleinen Zuschuß zu den so schmal zugemessenen Rationen geben. Dazu war aber nötig, daß das Korn gemahlen wurde, und hierzu war wieder eine Mahlkarte erforderlich. Um den armen Lehrensammlern die Möglichkeit der Verwertung ihrer Sammlungen zu geben, hatte der Kommunalverband Flensburg bei der Reichsgetreidebehörde beantragt, daß an die Lehrensammler Mahlkarten ausgestellt werden dürften. Dieser Antrag wurde abgelehnt, da auch das durch Lehrenlesen gemonnene Getreide für den Kommunalverband beschlagnahmt sei, in dessen Bezirk es gewachsen ist. Die Erteilung von Mahlkarten könne nach § 64 der Reichsgetreideverordnung nur für Selbstverjorger in Betracht kommen, weitere Anträge seien deshalb zwecklos. St.

Bureaucratius ist hier von einer Gewissenhaftigkeit, die man ihm wirklich ganz allgemein bei der Erfassung der Produkte wünschen möchte. Uebrigens ist gleiches auch in Lübeck geschehen. Sollte die genaue Durchführung der Bestimmungen bei den genannten Selbstverjorger nicht einträglicher sein? Wir lesen da in einem Bericht über einen Vaterländischen Abend in Schönberg i. S., in der getreidereichen holsteinischen Provinz: „Auch wollen wir hervorheben, daß der Vaterländische Frauenverein, damit nicht nur die Seele Erquickung finde, große Schwaben Kuchen geliefert hatte.“ Sollten sich die reichen selbstverjorgerden Schönberger Bauern das Mehl für den Kuchen von den ihnen als Selbstverjorger zuzurechnenden Quanten abgepart haben?

Bremen. Senator Dr. Meyer ist Dienstag im Alter von 47 Jahren gestorben. Er war in Bremen als Sohn eines Volkschulvorstehers geboren. Im November 1907 wurde Dr. Meyer, erst 36 Jahre alt, in den Senat gewählt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 28. November. (Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz neuerdings drei Dampfer und ein Segler vernichtet, darunter ein englischer Frachtdampfer von mindestens 5000 Tonnen, sowie der englische Motorschoner „Manning Star“ mit 180 Tonnen Laderde von Portsmouth nach Rouen. Einer der Dampfer wurde aus einem Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Basel, 28. November. Wie man den „Basler Nachr.“ aus Bern drahtet, hat die Beninische Regierung den schweizerischen Bundesrat eingeladen, ihre Waffenstillstands- und Friedens-Vorschläge den kriegführenden Mächten zu übermitteln. Der Bundesrat hat nach Prüfung der Frage in ablehnendem Sinne Stellung genommen. — Warum?

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Selbst der Witwen und Waisen unserer Gefallenen!

So wird in heutiger Zeit viel geschrieben und gesprochen. Aber wo wird uns geholfen? Die Kriegsertrauen erhalten schon wieder Teuerungszulage, aber an uns Witwen und Waisen wird nicht gedacht. Wir erhalten nur 61 Mk. den Monat mit zwei Kindern. Wir haben uns den Keller nicht mit Kohlen füllen und auch nicht senterweise die Kartoffeln kaufen können. Wie denken es sich die Herren wohl, mit 61 Mk. im Monat durchzukommen, wo die Lebensmittel doch so teuer sind? Es gibt doch auch manche Witwen, die krank sind und nicht miterdienen können, die müssen doch mit ihren kleinen Kindern fast verhungern. Warum müssen wir Kriegsertrauen, die wir solch großes Opfer dem Vaterland gebracht haben, noch von unsern kargen 61 Mk. Steuern zahlen? Warum erhält eine Kriegsertrau mit zwei Kindern 19 Mk. im Monat mehr als eine Kriegsertrau mit zwei Kindern? Wird den Kriegsertrauen ein Zuschuß vom Staat gewährt, so könnte uns Witwen doch auch während des Krieges ein solcher gegeben werden. Geht eine Witwe dennoch hin und bittet um etwas, dann erhält sie die Antwort: „Ihr Mann ist ja tot, er ist ja schon gefallen!“ Wo bleibt da der Spruch: „Helft, unsern Witwen und Waisen ihren Schmerz zu lindern“??

Eine Kriegsertrau.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Kömigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz Druck: Friedr. Meyer & Co. Samtlich in Lübeck

Zurückgekehrte!

Entlassene!
Reklamierete!
Kriegsverletzte!
Arbeiter und Bürger!
Gesinnungsfreunde aus allen Kreisen!

Wollt Ihr nicht alle dazu beitragen, die Macht des Volkes im Vaterlande zu stärken?

Einem neuen Deutschland der Freiheit und der Volksrechte den Weg zu bahnen?

Habt Ihr Euch nicht oft genug gelobt, nach Eurer Rückkehr die Reihen der Sozialdemokratie zu stärken?

In der wahren Volkspartei für den Frieden der Völker und für die Befreiung von altem Unrat und ungerechter Bedrückung zu wirken?

Macht Euer Gelöbnis zur Tat!

Stärkt die Freiheits- und Friedensbestrebungen durch Euren eigenen Eintritt in die politische Organisation, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Jeder stärke ihr Gewicht, umso erfolgreicher ist ihr Wirken.

Jaudert nicht lange! Die Partei braucht Eure Kraft. Der Krieg hat große Lücken in ihren Bestand gerissen. Tretet ein in diese Lücken und macht die Partei wieder groß, damit sie wirken kann

für Freiheit und Frieden!

Ich Unterzeichneter erkläre hiermit meinen Beitritt in den Sozialdemokratischen Verein für den Reichstagswahlkreis Lübeck.

Name: _____

Beruf: _____

Wohnung: _____

Geburtsdag und Ort: _____

Man schneide diesen Aufnahmeschein aus und sende ihn an das Sozialdemokratische Parteisekretariat Lübeck, Johannisstraße 50.

Der Eintrittspreis beträgt 20 Pfg., der Beitrag 10 Pfg. pro Woche.

Bekanntmachung

betreffend Höchstpreise für Butter.

Auf Grund der Verordnung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes über die Preise für Butter vom 25. August 1917 in Verbindung mit den Ausführungsbestimmungen der Reichsbehörde für Preisverteilung vom 31. August 1917 legt das Polizeiamt für das lübeckische Staatsgebiet unter Aufhebung der früheren Höchstpreis-Bestimmung den Höchstpreis für Butter (Handelsmarke I) wie folgt fest:

Detailpreis Mk. 2,65 — für 50 kg

Einhandelspreis 2,20 für das Pfund.

Als Einhandel gilt der Verkauf an den Verbraucher, soweit er Mengen von nicht mehr als 5 kg zum Gegenstand hat.

Der für den Weiterverkauf im Einhandel festgesetzte Höchstpreis gilt auch beim Verkauf durch den Verkäufer, wenn er mit Zustimmung des Kommunalverbandes Summe in Mengen von nicht mehr als 5 kg unmittelbar an den Verbraucher abgibt.

Diese Höchstpreis-Bestimmung tritt am 1. Dezember 1917 in Kraft. (3796)

Das Polizeiamt.

Lübecker Straßenbahn.

Infolge eingetretener Stromstörungen erleidet unser Betrieb wiederum eine Einschränkung in der Weise, daß die Wagen der Linien 1, 2, 3, 4, 8 und 9 bis auf weiteres ohne Anhängewagen verkehren müssen.

Lübeck, den 29. November 1917. 3820

Oberrealschule zum Dom.

Zur Aufnahme neuer Schüler bin ich vom 1. bis 29. Dezember wochentäglich von 11-12 Uhr, Dienstags und Freitags auch von 5-6 Uhr im Schulhause, Musterbahn 4, zu sprechen.

Da die Zahl der Schüler in mehreren Klassen beschränkt ist, können dort nur zeitige Meldungen berücksichtigt werden. (3795)

Direktor Dr. Schwarz.

Wascheillette, passend für geschl. Stammerbüchsen, neu, mit Spiegel zu versehen. 3801

Zu kaufen gesucht ein kleines **Wohnhaus** mit je 2-3 Zimmern u. etwas Gartengrund. **Preiserh. 1000 Mk.** u. s. w. **Markt 4.** (3792)

Zu kaufen gesucht Sägebock

Zu kaufen gesucht eine **Zuher** mit unterlegbaren **Wagen**. **Markt 4.** (3799)

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre **Arbeitskleidung** bei:

Otto Albers

Markt 4, Kohlmarkt 10. (3792)

Der neue Kriegs-Atlas

mit 52 Karten aller Kriegsschauplätze in Frankreich, Rußland, Italien und Balkan ist wieder eingetroffen. Preis 1.— Mk.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Feldpostbriefe

5 Briefbogen u. 5 Kuverts 15 Pfg.

Feldpostkarten

10 Stück 10 Pfennig

hält vorrätig

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Drucksachen aller Art

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Zeitschriften aller Art.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Zeitung
Fremdwörter
und politische
Schlagwörter
verkauft und
abgegeben von
Adolf Bruns
Preis 30 P.
Ein Taschenbuch, das
jeden Tag mit sich führen
kann, ist ein
wichtiges
Hilfsmittel.

Zu beziehen durch:
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Bilderleisten

einrahmungen
Oscar Tauchnitz, Glashandlg.,
Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Lübecker Schauspielgemeinde.

Morgen Freitag:
Das Nürnbergisch Ei.
Nur rote Karten haben
Gültigkeit. (3802)

Hansa-Theater.

Heute
abends 7 Uhr. (3795)

Die ledige Ehefrau.

Stadttheater.

Donnerstag, d. 29. Nov. 1917:
Anfang 6 1/2 Uhr:

Die Hugenotten.

Freitag, den 30. Novbr. 1917:
Anfang 7 Uhr:
3. Vorstellung der Lübecker
Schauspielgemeinde:

Das Nürnbergisch Ei.

Nur rote Karten haben
Gültigkeit.
Sonnabend, d. 1. Dezbr. 1917:
Anfang 7 Uhr:

Die beiden Schützen.

Die italienische Arbeiterklasse und die feindliche Invasion.

Die italienische Sozialdemokratie hat sich bekanntlich während der ganzen Dauer des italienischen Eroberungsfeldzuges außerordentlich viel darauf zugute getan, daß sie in ihrer prinzipiellen Gegnerhaft zum Kriege verharre und ihre internationalen Pflichten unverkürzt erfüllte. Seit die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen italienischen Boden betreten haben, hat sich nun in der italienischen Partei die erwartete Scheidung der Geister eingestellt. Ein erheblicher Teil der italienischen Sozialdemokratie unter Führung von Turati und Treves betont jetzt entschieden die Notwendigkeit der nationalen Verteidigung. Ein Leitartikel der „Critica Sociale“ erklärt diesen Geisteswandel dadurch, daß es doch noch etwas anderes sei, was man bisher für die vom Feinde bedrohten Nationen empfunden habe, und was man jetzt empfinde, da das Vaterland selbst vom Feinde angegriffen werde, „denn unsere Liebe strömt nun uns zur Menschheit und nicht von der Menschheit zu uns“. Das ist zweifellos richtig, aber die italienischen Sozialisten hätten klüger daran getan, sich bei Zeiten in die Lage derer einzufühlen, deren Land vom Feinde unmittelbar bedroht war; dann hätten ihre Schriftsteller wohl mancher wunderbare Blüte der Ueberheblichkeit nicht getroffen.

Treves begründet die Verteidigungspflicht der italienischen Sozialisten noch besonders damit, daß sie mit dem Vaterland zugleich die parlamentarische Tribüne verteidigen müßten, „von der aus der Sozialismus zu unserer Regierung und zu allen Regierungen sprach“. Eine solche parlamentarische Tribüne war mit Ausnahme Rußlands in jedem Lande zu verteidigen; gerade von der italienischen Freiheit hat aber die Regierung so wenig übrig gelassen, daß auch der ärgste Feind nicht mehr viel zu zerstören vermöchte.

Hinter Turati und Treves steht aller Wahrscheinlichkeit nach die Mehrheit der Kammerfraktion. Ihr Hauptgegner ist der Herausgeber des „Avanti“, Serrati, der ihr Abrücken von Zimmerwald in einer Mailänder Versammlung scharf angriff. Die bürgerliche Presse, auf deren Berichte über diese Versammlung wir gegenwärtig angewiesen sind, läßt das Stärkeverhältnis der verschiedenen Richtungen nicht erkennen. Angenommen wurde ein Vermittlungsangebot Modiglianis, der angeblich auch von der Parteileitung gebilligt wird. Die etwas nebelhafte Resolution weicht einer bestimmten Stellungnahme zum Kriegsproblem aus.

Der Parteisekretär Lazzari war seinerzeit wegen seines Zirkulars heftig angegriffen worden, in dem er die sozialistischen Stadtverwaltungen befragte, ob man nicht zum Zeichen des Protestes an einem bestimmten Tage alle Aemter niederlegen sollte. Die durchaus nicht revolutionäre Anregung hat fast überall Ablehnung erfahren. Die sozialistischen Gemeindevertreter haben besonders nach der Erklärung der Parteileitung, daß für dieses Zirkular Lazzari nur persönlich verantwortlich sei, teilweise entrüstet ablehnend, teilweise gar nicht geantwortet. Die größte sozialistische Gemeindeverwaltung Italiens, die von Mailand, hat jetzt obendrein durch die Liga sozialistischer Gemeindeverwaltungen die Gemeindevertreter aufgefordert, angesichts der feindlichen Invasion unter allen Umständen auf ihrem Posten auszuharren.

Die bürgerliche Presse berichtet, daß die sozialistischen Arbeiter der Waffen- und Munitions-Werksstätten der Lombardie folgende Erklärung beschlossen hätten: „Die feindlichen Truppen haben die Grenzen Italiens überschritten, das Beispiel der Invasion Belgiens, Serbiens und Rumäniens, die Gemetzel, Verwüstungen und Schändlichkeiten, die die feindlichen Heere verüben, verpflichten uns in diesem Augenblicke, uns zu einer gemeinsamen Anstrengung zu einigen, welche den barbarischen Eindringling über die Grenze zurückwirft. Sagen wir unseren Soldaten, daß die Laxe in Italien noch nie so fest geworden ist, wie in diesem Augenblicke.“ Die Meldung könnte vielleicht richtig sein, denn die

Saat der belgischen Grenzpropaganda ist bekanntlich bei den italienischen Arbeitern auf fruchtbaren Boden gefallen, wie die Haltung der italienischen Gewerkschaften gegenüber den deutschen schon in der ersten Kriegszeit deutlich erwiesen hat.

Die „Vaterlandspartei“.

Der bekannte Historiker Hr. Meinel veröffentlicht in der „Silber“ einen Artikel über die Vaterlandspartei, um mit ihr, wie er selbst sagt, Fraktur zu sprechen. Er bezweifelt nicht, daß es Gutgläubige gibt, die sich ihr nur bestimmten Kriegszielen wegen anschließen, aber:

„Diesen Gutgläubigen müssen wir vorwerfen, daß sie in einer völligen Täuschung oder doch zum mindesten einer völligen Gleichgültigkeit gegen die innerpolitischen Wirkungen ihres Vorgehens sind. Sie eifern gegen die jetzige Reichstagsmehrheit, sie wollen sie sprengen. Das würde gewaltige, unabsehbare innerpolitische Wirkungen haben. Und sie wollen die klügeren Drahtzieher der Bewegung nicht voraussehen haben? Und nicht am Ende auch herzlich wünschen? Wir gehen doch der preussischen Wahlreform entgegen, und wenn die Reichstagsmehrheit zerfallen würde, so würde auch die Wahlreform auf die Sandbank geraten. Und das sollte nicht auch ein Ziel sein, wert des Schwüres der Edelsten der Nation? Und das sollte ein Zufall der Situation sein, daß gerade die konservativen und schwerindustriellen Gegner einer durchgreifenden Wahlreform sich der Vaterlandspartei so Hebevoll annehmen? Man mache uns doch kein A für ein U vor! Diejenigen braven, gutgläubigen Patrioten, die da meinen, es handele sich jetzt nur um die unmittelbaren Kriegsziele und nicht um die gesamte Neugestaltung unseres inneren und äußeren politischen Daseins, um die Gesamtheit unserer Lebensfragen, — die gleichen dem blinden Führer, dem ein schlauer Verführer die verderbliche Waage in die Hand drückt, um den Balder eines neuen, besseren Lebensstages für Deutschland zu töten.“

Auf die Frage der bloßen Macht- und Gewaltpolitik und ihrer Bedeutung für die innere Politik übergehend, führt Meinel aus:

„Durch den Raub des Eroberungskrieges wollte man das russische Volk über den Hunger nach politischer Freiheit hinwegbringen und ihm die Revolution gleichsam austreiben. Vorübergehend schien es zu gelingen. Dann brach der gewaltige Baukrach zusammen. Lange kann es glänzend vorangehen auf dem Wege maßloser Machtpolitik, bis die Stunde der Remeis kommt. Sie wird, so hoffen wir, nicht nur für Italien, das schon den Gotteschlag dieser Stunde erlitten hat, sondern auch für unsere westlichen Gegner über kurz oder lang einmal kommen, denn diese unkluge Ueberwindung des Mutes und Vernichtungswillens, in der sie sich gefallen, kann nicht ohne schwere, früher oder später eintretende Rückschläge und Schädigungen für den inneren Organismus ihres Staatslebens bleiben.“

Wir wissen, daß Regierung und Volk bei uns diesen Krieg als einen aufgedrungenen Verteidigungskrieg und Selbsthaltungskrieg begonnen haben und heute noch führen. Man rüffelt nicht an dieser reinen und christlichen Ueberzeugung, man entwirft sie nicht, denn man läßt sich den Baum unserer Kraft! Denn unser deutsches Volk wird nicht nur durch die eifrigen Hände der staatlichen Autorität, der militärischen Disziplin und des allgewohnen, trauen Gehorams zusammengehalten und befestigt zur Leistung dieses Krieges, sondern auch durch eigene Erkenntnis, eigene Prüfung dessen, was dieser Krieg bedeutet, eigenen und selbständigen sittlichen und politischen Lebenswillen. Von dem Augenblick an, wo es leben müßte, daß der Krieg über das Maß gebender nationaler Selbstbehauptung hinaus zum Eroberungskrieg sich auswähle, würde der moralische Akt, der es heute zusammenhält, zu zerbröckeln beginnen. Es ist ein ganz gefährliches Experiment, das deutsche Volk auf die Bahn der Eroberungspolitik führen zu wollen. Und das wollen nicht nur die Alldeutschen, das will auch die Vaterlandspartei.

Die Eroberungs- und Gewaltspolitik der Konservativen, Mittelständischen und Vaterlandsparteiler muß genau, wie das einst im System Napoleons I. gescheh, auslaufen in eine Zurechtbringung der politischen Verhältnisse der Nation, in die Aufrichtung eines despotischen Militarismus. Sind brave und urteilslose Gemüter erst einmal eingetaucht, atmen sie erst einmal längere Zeit die Luft der „Deutschen Tageszeitung“, der „Deutschen Rundschau“ usw., so werden sie nach und nach weich und widerstandlos auch gegen die innerpolitischen Ziele ihrer neuen Bundesbrüder. Hier ist eine ganz ernste Gefahr zu bekämpfen. Und die Ursache ist ein geradezu betrübender Man-

gel an realpolitischer Mäßigkeit bei einem großen Teil unserer gebildeten Schichten. Sie ahnen ja gar nicht den Druck, den eine Verewigung der Weltkoalition gegen uns auf Deutschlands zukünftige äußere und innere Entwicklung ausüben würde. Sie ahnen nicht die Abgründe, denen wir zugetrieben würden, wenn das innere und äußere Gesamtprogramm der geistigen Väter der Vaterlandspartei das Programm unserer verantwortlichen Staatsmänner würde.

Ein Staat, der mit einem Massenheer von 12 Prozent der Bevölkerung Krieg zu führen hat, muß auch in seiner inneren Politik sich auf die Massen stützen. Sonst reißt der zu stark gespannte Bogen — ebenso wie er reißt würde, wenn dieses Massenheer für Kriegsziele gerichtet würde, die über das gesunde reale Interesse der Nation hinausgehen. Verständigungsriede und freiwillige Neuordnung zusammen also erachen erst die richtige Spannung des Bogens, der den schärferen Pfeil auf unsere Feinde sendenden soll. Gewaltpolitik nach außen wirkt zur Gewaltpolitik im Innern, und Raubpolitik nach außen heißt Raubbau im Innern. Rollen wir unüberwindlich im Kriege und mächtig im Frieden bleiben, so müssen wir frei werden im Innern. Rollen wir freibleiben im Innern, so müssen wir auch die Freiheit der anderen Völker achten. Gesundheit und wahre Freiheit ist unsere Lösung.

Politische Rundschau.

Niederrhein.

Landräthliches Treiben in „großer Zeit“.

Dem „Vorwärts“ liegt folgendes Schriftstück auf dem Tisch:

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses des Landkreises Düsseldorf.
Düsseldorf, den 13. November 1917.
Vertraulich.

In der Anlage gestatte ich mir einen vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie herausgegebenen nationalen Volkskalender 1918 als Geschenk zu überreichen mit der Bitte, denselben ev. zur Verteilung an Ihre Arbeiter zu bestellen. Der Kalender ist zu haben in der Verlagsanstalt und Druckerei „Lentonia“ G. m. b. H., Berlin SW. 11, Desfauer Straße, und kostet 15 Pfg. das Stück.

Ich bin gern bereit, die Bestellung gesammelt zu übernehmen und bitte ev. um Mitteilung der gewünschten Anzahl bis zum 30. d. Mts.

gez. v. Beckerath,
beglaubigt: (Name unleserlich.)

An die industriellen Werke des Kreises.

Der „Volkskalender“ stellt sich als eine Reklame für die sogenannten „wirtschaftsfriedlichen“ Verbände heraus, die mit den üblichen Angriffen gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften gespickt ist. Auch gegen den „Scheidemann-Frieden“ wird darin tüchtig gewettert. Und für diesen Schand werden antiliche Sammelstellen errichtet! Nicht das erste Zeichen dafür, daß der „neue Geist“ in die Verwaltung des Industriebezirkes seinen Einzug noch nicht gehalten hat!

Angst vor der Sozialdemokratie.

In der Stadt Lünen (Landkreis Dortmund) sollten am 25. d. Mts. die Stadtverordnetenwahlen stattfinden. Die Wahl war ausgefallen und die Legitimationen für die Wähler waren durch die Polizeibeamten bereits ausgegeben. Man setzte voraus, daß die Wahlen in burgfriedlicher Weise erfolgen sollten. Auch die Sozialdemokratie war einer Verständigung nicht abgeneigt, verlangte jedoch als stärkste Partei am Orte, daß man ihr drei Mandate zubillige; die bürgerlichen Parteien wollten ihr jedoch nur zwei Mandate zugestehen. Infolgedessen beschloß die Sozialdemokratie, zwar den Burgfrieden zu respektieren, aber doch mit einer eigenen Kandidatenliste vorzugehen. Darauf große Bestürzung im bürgerlichen Lager. Es wurde schließlich eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung einberufen und in dieser der Beschluß durchgeleitet, daß keine Wahl stattfindet und die Mandate der ausscheidenden Stadtver-

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schücking.

13. Fortsetzung.

Sibylle faltete sich schließend aufrichtig die Blätter vor ihr wieder zusammen und verbarg sie mit einem tiefsemerzlichen Seufzer in der Schilde ihres Schreibpultes, woraus sie dieselben genommen hatte. Dann nahm sie die Feder, um den Brief an den Rechtsbeistand ihres Vaters zu schreiben. Wäre nur der Vater ohne Schuld bei dieser Angelegenheit, sagte sie dann leise vor sich hin; so aber ohne ich eine Quelle von Widerwilligkeiten in dieser Eröffnung unseres neuen Nachbarn.

Eine halbe Stunde später verließ sie, von ihrem treuen Milo, der gelben Dogge, begleitet, das Haus, um ihren Spaziergang zu machen. Sie schlug den uns bekannten Weg durch den Garten über die Brücke ans jenseitige Ufer des Flusses ein, und hier schritt sie langsam wandernd den Fußsteig an der Berglehne dahin. Die Sorgen, welche auf ihr lagen, hatten sich vermehrt durch den Gedank an den Deserteur, welchen sie oben in der Rheider Burg in einem Versteck untergebracht hatte, das sie allein kannte, von jener Zeit her, wo sie als Kind so manche Stunde in der alten Burg zugebracht hatte, die einzige Spielwelt des jungen Erben, der jetzt in die Welt gegangen und verfallen war. Sibylle wäre heute sowie an den beiden vorigen Tagen gar zu gern hinaufgegangen, bis in das alte Gebäude hinein, um zu hören, wie ihr Schützling, der plötzlich von einem neuen Einwohner überfallen worden, sich befreite gemacht, und um von dem alten Claus zu erfahren, ob der Deserteur unbemerkt geblieben. Aber die natürliche Scham, mit dem Grafen Antoine zusammenzutreffen, hielt sie ab, sich in den näheren Umkreis der Burg zu wagen. Doch wagte sie sich vor bis an die alten Steinmauer und schlug hier einen schmalen Fußpfad ein, der zur Linken sich durchs Gebüsch wand und sie nach einer Weile Gehens an den Fuß einer Mauer brachte, welche den erwiderten Burggarten umschloß. In dieser Mauer entlang und um eine Ecke derselben schreitend, gelangte sie endlich an ein kleines, von hier in den Wald führendes Gittertor; sie wollte durch dasselbe einen Blick in den Garten werfen, ob sie nicht darin den alten Claus bei seinen Kohlpflanzen und Bohnenbeeten erblickte. Das Gittertor stand offen. Sibylle wagte sich umhersehend einige Schritte in den Garten vor — dann erschraf sie: sie hörte plötzlich einen leichten leirschenden Schritt hinter sich rasch daherkommen.

Als sie sich umwandte, stand der Graf von Epaville hinter ihr. Er hatte einen Gang durch den Wald gemacht und zurückkehrend Sibyllens spänte Geheiß an der Gartenmauer entlang gehend gesehen; desto rascher war er geschritten, um sie nicht sich entlaufen zu lassen.

„Ah, Demoiselle Ritterhausen“, rief er jetzt lebhaft aus, „es ist sehr lebenswürdig von Ihnen, daß Sie lediglich selbst sich zu mir bemüht haben. Sie haben meinen Brief erhalten, und da Ihr Vater, wie er sagt, zu lebend ist, um einen solchen Gang zu machen, werde ich Sie — in der Tat, er hätte keinen bessern Gedanken abschicken können. Wir werden uns, hoffe ich, aufs beste verständigen!“

„Ihr Brief, Herr Graf“, verlegte Sibylle, die bei dieser Ueberredung tief errötet war. „Ihr Brief läßt nicht voraussehen, daß eine Verständigung so leicht sei — wenigstens ist es mir nicht in den Sinn gekommen, zu glauben, ich könnte etwas dazu tun!“

„Kommen Sie denn nicht...?“
„Nein, ich kam nicht deshalb hierher — ich kam nach dem alten Hausmeister zu sehen, dem ich etwas zu sagen habe.“

„Sie wollen dem jungen Hausmann nicht die Freude gönnen, ihm zu gestehen, daß Sie um heimzukehren kamen und deshalb schieber Sie den alten Hausmeister vor — Ihr Vater würde recht gut, welchen vorzeihlichen Diplomaten er abschande, als er Sie schickte!“ antwortete der Graf mit einem Lachen, das eine Ueberhebung und ein Bewußtsein von Ueberlegenheit verriet, wodurch Sibylle sich in hohem Grade verlegt fühlte.

Wenn Sie es so auslegen, so kann ich Sie nicht daran hindern“, verlegte sie. „ich kann weiter nichts tun, als mich Ihnen empfehlen!“

Und damit machte sie eine Verbeugung, als ob sie, an dem Grafen vorüber, dem Gittertor zustreiten wolle.

Er stellte sich ihr in den Weg.
„Eigenartiges Mädchen“, sagte er, „so bleiben Sie doch und hören Sie mich an. — Sie sind nicht gekommen, um mit mir zu reden, gut, ich glaube Ihrer Versicherung — aber Sie werden doch erlauben, daß ich um die Ehre bitte, mit Ihnen reden zu dürfen?“

„Und was wollen Sie mir sagen, Herr Graf?“
„O gar vieles — so viel, daß Sie dort in der Laube Platz nehmen müssen, um mit Ruhe anzuhören, was ich Ihnen mitzuteilen habe.“

Und dabei hat er Sibyllen seinen Arm, um sie zu der Laube zu führen, auf welche er gedeutet hatte.

Sie schenkte diese Bewegung zu übersehen, aber sie schritt herzhaft auf die Laube zu und setzte sich an das Ende der Steinbank, welche darin angebracht war; dann rief sie ihrem Hunde, der sich zu ihren Füßen legte.

„Sie haben da einen sehr achtungswerten Beschützer“, bemerkte Graf Antoine spöttisch, indem er auf dem andern Ende der Bank Platz nahm.

„Einen treuen und sehr jäghornigen Freund“, verlegte Sibylle mit einem etwas schadenfrohen Lächeln. „Und was Sie mir sagen wollten?“

„Was ich Ihnen sagen wollte... nun, zunächst, daß ich das größte Verlangen habe, zu einem freundschaftlichen Vergleiche mit Ihrem Vater zu kommen. Ich sehe sehr wohl ein, daß es unklug und töricht von mir wäre, meinen ersten Einzug in diese Gegend mit Streitigkeiten und Projekten zu beginnen. Ich bin fremd hier und bei allen Verhältnissen, bei allen Einrichtungen und Anordnungen, die ich treffen muß, wäre ich hilflos, wenn ich nicht zu dem guten Räte und der Erfahrung derer meine Zuflucht nehmen könnte, welche hier heimlich sind und die Menschen wie die Dinge um mich her kennen. Ich habe aber keine andern Nachbarn in diesem kalten Flußthale als Sie, und so bin ich ganz eigentlich auf Ihr freundliches Entgegenkommen angewiesen... ich sage Ihnen das ganz aufrichtig, Demoiselle Ritterhausen, damit Sie sehen, wie wenig es meine Absicht ist, mit Ihnen einen Krieg zu beginnen.“

„Ich danke Ihnen für diese Aufrichtigkeit, wenn wir leider auch wenig instände sein werden, Ihnen eine so vorteilhafte und nützliche Nachbarschaft zu bieten, wie Sie sie bei uns zu finden wünschen, Herr Graf. Mein Vater ist durch seine Krankheit in hohem Grade verstimmt und unzugänglich; er ist kaum noch zu bewegen, seinen eigenen Angelegenheiten die nötige Aufmerksamkeit zu schenken und viel weniger noch geneigt, sich mit denen Fremder zu befassen.“

„Und Sie, schöne Sibylle?“
„Ah, Herr Graf“, antwortete Sibylle sehr ernst und trocken, „bin ein junges Mädchen, für das es sich sehr wenig schiden würde, von Geschäften reden und darüber Rat erteilen zu wollen.“

„O, so entgegen Sie mir nicht“, fiel lächelnd Graf Antoine ein, „ich weiß sehr wohl, daß Sie die kluge, gewandte und erfahrene Verwalterin des Hammers und aller Angelegenheiten Ihres Vaters, die eigentliche Herrin im Hause sind.“

Sibylle zuckte die Achseln.

„So hat man Sie sehr falsch berichtet, Herr Graf“, sagte sie. „Streiten wir nicht darüber, sondern hören Sie mich weiter an. Sie werden wenigstens so viel von den Angelegenheiten Ihres Vaters wissen, um einzusehen, daß seine Lage eine sehr mißliche wäre, wenn ich einen Rechtsstreit mit ihm begänne. Er hat einen Prozeß gegen den ehemaligen Besitzer dieses Gutes verloren. Bevor aber dieser Besitzer von diesem erstrittenen Rechte Gebrauch machen und den Hammer als sein Eigentum einziehen konnte, ist derselbe, wie man mir erzählt hat, auf eine höchst merkwürdige und geheimnisvolle Weise zugrunde gegangen. Und dann erhält sich Ihr Vater ganz ruhig in seinem Besitz. Das Gut wird von der Regierung eingezogen, der Hammer aber bleibt Ihrem Vater unter den alten Bedingungen. Wie ist das anders zu erklären, als... daß ich fortfahren, so offen zu sein, wie ich es bisher war.“

(Fortsetzung folgt.)

